

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 384.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Verlagspreis für Halle und Corvitz 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7,50 M., halbjährlich 14 M., jährlich 27 M. (Postgebühren). — Druckerei: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Gutenbergstraße 17/18. — Druck: Sächsische Zeitung, Halle a. S., Gutenbergstraße 17/18.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die sechs wöchentlichen Postgebühren oder deren Raum für Halle und den Corvitz 20 Pf., außerdem 50 Pf. Gebühren am Schluss des wöchentlichen Laufs bei Zeit 100 Pf. (Postgebühren) bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272. Ubersetzer: Dr. Walter Gehrmann in Halle a. S.

Donnerstag, 17. August 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt VI Nr. 16390. Send und Verlag von Otto Teleke in Halle a. S.

### Ein bedauerlicher Vorteil und anderes.

Das offizielle Organ des Sächsischen Bundes bringt in seiner letzten Nummer eine unendlich lange, aber ziemlich inhaltslose Polemik gegen diejenigen industriellen Kreise, die dem Sächsischen Bund beizutreten haben. Der Kopf des Bandwurm ist so aus: „Das bedauerliche (!) Ausschneiden industrieller Kreise von der Richtung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller aus dem Sächsischen Bund der öffentlichen Meinung eine Fülle von Unterhaltungs- und Kombinationsstoff gegeben. Die äußeren Folgen lassen sich bereits übersehen: Der Sächsischen Bund hat eine Anzahl Industrieller verloren, er hat eine Zahl mit diesen Freunden oder von ihnen Abhängiger eingebüßt. Nummern 1 bis dieser Verlust seit dem Satzungstag mehr als aufgewogen, und ebenso erfreulich ist es, feststellen zu können, daß materiell die geringen Einbußen ganz erheblich bereits wieder ausgeglichen sind. Der Sächsischen Bund hat seine Reihen enger geschlossen, eine einheitliche Phalanx steht da“ usw.

Wenn in Verbindung mit dem Ausschluß des numerischen und materiellen Verlustes durch den Austritt der Industrieller der Sächsischen Bund obenrein sogar noch etwas gewonnen hätte, nämlich eine Kräftigung seiner inneren Gesinnung, dann würde das Ausschneiden der genannten Kreise für den Sächsischen Bund doch eigentlich im höchsten Maße erfreulich sein. Im Wirklichen stellen sich natürlich die Sächsischen-Bünde nur so, als ob ihnen die schmerzlichen Trennungen der Industrie nicht sehr genügt seien.

Aus dem übrigen Wortwechsel nur einige amüsante Proben: „Allgemeinpolitische oder parteipolitische Fragen hat der Sächsischen Bund niemals in Angriff genommen oder behandelt!“ Wenn der selbige Dr. Sigl noch lebte, er würde hier sofort hinzufragen: „wovor nun freilich alle Räume im bayerischen Walde die Köpfe schütteln und sämtliche Säuge im Königreich ein bormerisches Gelächter anstimmten.“ Nicht ist es auch, wenn der Sächsischen Bund den Schutz der Arbeitswilligen zu den „Fragen“ rechnet, die „doch kaum in die Wirksamkeit eines gewerblichen Verbandes fallen“. Diese lebenswichtige Dienstleistung sollte sich vor allen Dingen der gewerbliche Mittelstand recht gründlich merken. Er ist vor ganz kurzer Zeit haben die ostdeutschen Sächsischen Industriellen ihre Forderungen an die für sie in Betracht kommenden Reichstagskandidaten veröffentlicht. Darunter befindet sich gerade auch die Forderung nach Erlass eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen. Für den Sächsischen Bund ist etwas überaus nicht in Betracht. Er ist durch seine drei „Junfer“- und „Agrarier“-Gemeinschaften sehr in Anspruch genommen. Nur daß dem gewerblichen Mittelstande damit ein Zola genügt ist. Dieser zeigt unter dem brutalen Terror der Rollen, die aber für den Sächsischen Bund ein Wunders nicht-nicht-an sind.

Schließlich kommt der Artikelredakteur des Sächsischen Bundes auf die vom Zentralverband Deutscher Industrieller neuerdings wieder angeführte Schutzfrage zu sprechen, und äußert sich pittoresk wie folgt: „Es bleibt aber ein wichtiger Fehler der Richtung des Zentralverbandes, ohne Not und unter dottrinarischen Gesichtspunkten jetzt die Forderung ausgerufen zu haben, welche sich erst gelegentlich der Vorbereitung der nächsten Handelsverträge individuell (!) behandeln läßt.“ Mir der Gedanke nicht so vermisslich gefehlt, man wolle versucht, ihn bezüglich dumm zu nennen! Das könnte dem Sächsischen Bund und den Parteien, deren Zentralabteilungen er darstellt, schon so passen, wenn sie sich „jetzt“ um eine klare Beantwortung der Frage: „Wie denkt euch um den Schutz?“ kein fäulnis herandrücken könnten, um dann, nachdem sie bei den Reichstagskandidaten im allgemeinen, nicht-sagenden Redensarten recht viele Fragen vor einmal — Gutgläubige eingezogen hätten, beim nächsten Sozialist ihren seit langem im Schilde gehaltenen Volkswort um so leichter realisieren zu können.

### Deutschland hält den Streikfever.

Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß die deutschen, im Jahresspäter der Sozialdemokratie schwindenden, sogenannten „freien“ Gewerkschaften für ihre Mitglieder ein Steuerprivileg ausgestellt haben, das sich als verfehlte Lebensversicherung ohne Ende“ darstellt und nicht etwa zum Vorteil des einzelnen Arbeiters, sondern dazu verwendet wird, den höheren Zinsen der Sozialdemokratie zu dienen. In dieses Jahresspäter haben die deutschen Gewerkschaften auch die Gewerkschaften der übrigen Kulturstaaten hineinzuverpacken, natürlich auch, um das sogenannte Weltbürgerrecht der Sozialdemokratie immer mehr zum Ausdruck zu bringen. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie sind die eifrigsten Verfechter des internationalen Sozialismus, der kein Vaterland kennt und die Gewerkschaften folgen den Führern der politischen Sozialdemokratie auf diesem Wege als die Kettenträger der Partei. Der Vorsitzende der deutschen General-Kommission ist zu gleicher Zeit auch internationaler Gewerkschaftssekretär. Soeben hat er den neuesten Jahresbericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht und damit selber noch einmal bekräftigt, was man übrigens schon lange vorher, doch Deutschland wirklich jetzt der Partei hält. Bemerkenswert ist, daß, was die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angeht, nicht mehr das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung, England, an der Spitze steht, sondern daß Deutschland ihr den Rang freitrag gemacht hat, und zwar mit annähernd 2,4 Millionen organisierten Arbeitern. England bleibt mit etwa 470000 hinter dieser Zahl zurück. Die englischen Gewerkschaften sowohl als auch die französischen und die amerikanischen haben über ihre Ausgaben keine näheren Angaben gemacht. Sie scheinen von dem internationalen Sozialismus noch nicht so angekränkt zu sein, wie die deutschen Gewerkschaften, die bei solchen phantastischen Experimenten immer an erster Stelle stehen. Die deutschen Gewerkschaften haben in dem letzten Jahresbericht (1909) fast 8 Millionen für Streiks ausgegeben, dabei wies das Jahr 1909 beinahe einen sehr schlechten Geschäftsgang auf, so daß die Gewerkschaften verhältnismäßig viel für Arbeitslosenunterstützung ausgeben mußten. Im übrigen ist die Arbeitslosenunterstützung, so wie sie von den sozialdemokratischen Gewerkschaften eingerichtet ist, weiter nichts als eine verkappte Streifenunterstützung. Die englischen Gewerkschaften widmen ihre Hauptaufmerksamkeit der eigentlichen Unterhaltungsfrage. Die deutschen Gewerkschaften können dank der staatlichen Arbeiterversicherung ihre ansehnlichen Fonds für nutzlose Streiks verwenden. Für denartige wesentliche Bekämpfung der sozialdemokratischen Taktik, die Massen in ihrer Bewegung zu halten, scheinen sie überhaupt immer Geld bereit zu haben. Der Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung beweist, daß die deutschen Arbeiter für die Experimente des internationalen Sozialismus am meisten ausgekostet werden. So verzeichnet der Bericht, daß gelegentlich des schwebenden Generalstreiks die französischen Gewerkschaften im ganzen noch nicht einmal 7000 Mark dorthin geschickt haben, die englischen Gewerkschaften haben etwas über 60000 Mark, die amerikanischen Gewerkschaften etwas über 174000 Mark dorthin geschickt, während die deutschen Gewerkschaften für 164000 Mark aus dem „Vormarsch“ Tag für Tag zu legen ist, herausgepreßt haben. Selbstverständlich sind diese hohen Beiträge „freiwillig“, wie überhaupt die Sozialdemokratie die Partei der Freiheit ist, die aus der Koalitionsfreiheit den Koalitionszwang macht. Der Staat oder die Gemeinde sollten sich einmal unterwerfen, mit einem derartig „freiwillig“ herumgehenden Ringelreißer zu kontieren, die ganze sozialdemokratische Presse würde vor Entrüstung zittern. Im übrigen beweist ein Blick auf die internationale Streifenunterstützung ebenfalls, daß die deutschen Gewerkschaften tatsächlich den Streikfever halten. Sie haben den Ruf, der sozialdemokratischen Taktik, die Massen in ihrer Unruhe zu halten, am allermeisten zu kommen. Die französischen Gewerkschaften bringen es nicht fertig, aus ihren Mitgliedern auch nur ähnlich hohe Beiträge herauszubolen. Der sozialdemokratische Bericht bringt kein Geld sicher auf die Sparkasse, weil er weiß, daß es hier sicherer angelegt ist. Nur der deutsche Arbeiter ist in den Reihen der Sozialdemokratie zu gefangen, daß er blindlings keine verdienten Großen zur Gewerkschaftskasse trägt. Ob das auch noch der Fall sein wird, wenn die schon längst geplante „Gewerkschaftskasse“ da ist, wird sich so zeigen.

### Die Marofffrage.

Ueber die Berliner Besprechungen in Laufen in Paris sehr widersprechende Darstellungen um. Nach der einen ist der Abschlus der Verhandlungen nur noch eine Frage weniger Tage und wird nach dem Zusammenreffen der beiden Parteien mit dem Kaiser in Wilhelmshöhe rasch geregelt sein, von anderer Seite wird erklärt, die letzte Unterredung der beiden Parteien mit dem Kaiser sei durchaus nicht befriedigend verlaufen. Der deutsche Staatssekretär habe, anstatt sich dem Angebote des französischen Vorkämpfers zu nähern, im Gegenteil seine eigenen früheren Vorschläge in einem für Frankreich unvorteilhaften Sinne abgeändert. Der Berliner Korrespondent des „Matin“ glaubt letzterer Darstellung die größere Wahrscheinlichkeit einräumen zu müssen.

Vor einigen Tagen brachten wir eine aus französischer Quelle kommende Meldung über Unruhen in Susegob, bei denen der Ort Laubal, in dem sich mehrere Vertreter Mannesmanns befanden, angegriffen und geplündert sein sollte. Nachrichten aus Laubal wollen nun wissen, daß ein deutscher und ein österreichischer Angehöriger Mannesmanns im besagerten Laubal eingeschlossen

seien. In Berlin wird auf Anfrage mitgeteilt, daß tatsächlich Unruhen in Laubal stattgefunden haben, und daß einer der Leiter der dortigen Mannesmann-Expeditionen, ein Oesterreicher, den österreichischen Behörden in Laubal um Schutz gebeten hat. Nach der Berichterstatter der „Sächsische Zeitung“ in Laubal berichtet von Unruhen in Laubal in ständiger Fehde lebt, und in Laubal eingedrungen war, wurde unter starken Verlusten wieder aus der Stadt getrieben. Die Suara haben beim Ausbruch der Unruhen und erklarten, daß sie gegen die in Laubal weilenden Deutschen keinerlei Feindseligkeiten im Schilde führten. Der Korrespondent berichtet, daß die dortigen Deutschen jetzt außer Gefahr sind.

### Deutsches Reich.

\* Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg ist in Berlin eingetroffen; er folgte Mittwochabend einer Einladung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zu einem Mahle, an dem auch der Reichsminister Freiherr von Marschall teilnahm. Donnerstag vormittag begaben sich der Reichskanzler, der Staatssekretär von Aehrenthal-Wiedersheim und der Reichsminister Freiherr von Marschall an, um sich, wie üblich, vor der Kaiserin auf seinen Posten nach Konstantinopel bei dem Kaiser zu melden.

\* Das Programm der Kaiserinmutter. Das General-Kommando des 9. Armeekorps erklärt für die Kaiserinmutter folgende Bekanntmachung: Während des Wanders ist der Kaiser und die Kaiserliche Hauptquartier in Schloss Wolkowburg. Am der Parade über das 9. Armeekorps in Stettin werden auch der König und die Königin von Schweden mit Gefolge teilnehmen und auf dem Kaiserhof „Oskar II.“ wohnen; außerdem auch der Herzog Robert von Württemberg und der General der Artillerie v. Dulig, Generalinspekteur der Fußartillerie. Der Kaiser und die Kaiserin, die am Sonntag, den 27. August, abends 10 Uhr, Altona verlassen, werden am anderen Vormittag 10 Uhr 30 Minuten in Stettin eintreffen und im Schloss Wohnung nehmen. Auf dem Bahnhof empfängt ihn der Kommandant des Schlosses, großer Zivil-empfang wird nach der Ankunft im Schloss abgehalten werden. Die städtischen Behörden werden das Kaiserpaar auf der Fahrt zum Schloß vor dem Haupteingang begrüßen. Abends 8 Uhr 30 Minuten, nach beendeter Festfeier für die Wolkowburg Kommando, folgt eine von der Stadt Stettin hergebotene Dampferfahrt bei Beleuchtung der Ufer. Am folgenden Tage 10 Uhr findet die große Parade des 9. Armeekorps auf dem Festplatz Geesthagen statt. Mittag nimmt der Kaiser das Frühstück im Offizierslokal des Grenadierregiments „König Friedrich Wilhelm IV.“, erstes Pomeranisches Nr. 2, im Offizierslokal ein. Um 4 Uhr ist Damentag am Hof der Kaiserin, um 7 Uhr Parade mit dem Kaiser und um 10 Uhr großer Zapfenstreich. Mittwoch, den 30. August, beginnt das Kaiserpaar im Automobil nach St. Petersburg zur Teilnahme an der Einweihung der wiederhergestellten St. Maria-Strasse. Bei der Begrüßung durch die städtischen Behörden wird ein Ehrentriumph am Ehrenfest der Stadt herabgebracht. Es findet Aufdichtung der Kavallerie auf dem Prater Waldauer statt. Das Kaiserpaar trifft nachmittags gegen 1/2 5 Uhr wieder in Berlin ein. Das Kaisermandat, die Feldmanöver des Gardekorps, des 2. und 9. Armeekorps beginnen am Montag, den 11. September. Die Verlegung des Kaiserlichen Hauptquartiers nach Wolkowburg (Wolkowburg) nach Wolkowburg nach Wolkowburg, von dort Aufbruch zum Sonntag, 19. September, erfolgen.

\* Das Kaisermandat „Hauke“ traf am 16. August nachmittags nachkommen in St. Petersburg ein.

\* Bevorstehende Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens. Die „N. N.“ schreibt: Die schon so oft wiederholte und ebenso oft demontierte Meldung, daß die Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens unmittelbar bevorstehe, dürfte diesmal, wo sie wieder vom „Matin“ verbreitet wird, zutreffend sein. Wichtiges wird uns von einer Seite, die gute Beziehungen zu russischen diplomatischen Kreisen unterhält, berichtet, daß die Unterzeichnung des Abkommens nur eine Frage von Tagen sei. Die vom „Matin“ über den Inhalt des Abkommens gemachten Angaben dürften im wesentlichen das Richtige treffen; sie decken sich mit den bereits bekannten Grundlinien des Abkommens.

\* Geheimes Landtagsmandat. Der Geheimen Regierungsrat Dr. Koch in Münster in Westfalen, Abgeordneter des Reichstages von Westfalen, der zum Oberverwaltungsgerichtsrat ernannt wurde, und dessen Mandat infolge dessen erloschen ist, hat auf eine Wiederwahl verzichtet.

\* Geheimen Oberstaatssekretär. Bei der Wahl der Konstitution ist in den letzten Jahren die Einrichtung zur Durch-





